

Der deutschmährische Städtetag in Brünn.

Brünn, 19. Juli.

Ueber Anregung der Stadt Mährisch-Schönberg hat der Bürgermeister von Brünn Dr. Ritter v. Wieser mit Zustimmung einer großen Anzahl mährischer Städte einen deutschmährischen Städtetag nach Brünn einberufen, der gestern Sonntag um 10 Uhr vormittags in den Räumen des Deutschen Hauses zusammentrat, um die deutschmährischen Städte in die Lage zu versetzen, ihre Wünsche und Beschwerden auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete angesichts der Kriegsergebnisse zum Ausdruck zu bringen. Der Einladung des Bürgermeisters folgend, hatten sich Statthalter Dr. Freiherr v. Bleyleben, Vertreter fast aller deutschmährischen Städte sowie viele Reichsrats- und Landtagsabgeordnete zu den Beratungen eingefunden.

Nach Konstituierung der Versammlung begrüßte der Bürgermeister Dr. Ritter v. Wieser den Statthalter und setzte den Zweck des Zusammentretens auseinander. Er schloß mit einer Huldigung für den Kaiser und dem Gesalbniße aller, auch ferner Gut und Blut zu opfern für Kaiser und Reich. Unter allgemeiner begeisterter Zustimmung wurde hierauf die Abfendung einer Huldigungsdepesche an die Kabinettskanzlei beschlossen.

Statthalter Freiherr v. Bleyleben begrüßte die Versammlung im Namen der Regierung. Der patriotische Geist der deutschen Städte, die von Anfang des Weltbrandes bedacht waren, die Kraft der Bevölkerung für die Verteidigung des Landes zu sammeln, habe in der feierlichen Kundgebung und in den Worten des Bürgermeisters neuerlich herbedien Ausdruck gefunden. Die Erinnerung, daß den deutschen Städten im Leben und in der Geschichte Oesterreichs als Stätten der Kultur und des wirtschaftlichen Fortschrittes eine dauernde Bedeutung zukommt, und der Ausblick in eine glückliche, große Zukunft Oesterreichs mögen den Verhandlungen und Beratungen Wärme und Leben verleihen, die deutschen Städte zu weiterem zielbewußten Ausharren auf ihrer Bahn stützen und stärken, wobei sie stets versichert sein mögen, daß die Regierung ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen kräftigst zu fördern stets als ihre Pflicht erachten werde.

Es folgten hierauf die Berichte des Vizebürgermeisters Gustav Oberleithner (Mährisch-Schönberg) über Maßnahmen gegen die allgemeine Teuerung und des Landtagsabgeordneten und Gemeinderats Dr. Jarolim (Brünn) über die Rückwirkungen der kriegerischen Ereignisse auf die finanzielle Lage der Städte.

Nach durchgeführter Debatte wurde eine Entschließung angenommen, daß den Städten die durch den Krieg erwachsenen außerordentlichen Auslagen von der Staatsverwaltung ersetzt werden mögen, daß angesichts der finanziellen Notlage der meisten österreichischen Städte eine gründliche Reform der Finanzverfassung und Verwaltung der öffentlichen autonomen Körperschaften in die Wege geleitet werden möge und daß schließlich der deutsche Nationalverband auf die Verwirklichung der vorstehenden Beschlüsse hinwirken möge.